

(Abg. Mißschke [Leupisch].)

(A) Partei, das Zentrum, der Jesuitenerlaß der bayerischen Regierung aufgedrungen worden ist und daß dadurch neue Vorstöße unternommen werden gegen deutsche Art und deutsches Wesen. Ich möchte das hier ganz besonders zum Ausdruck bringen.

(Lebhafte Bravo!)

Meine Herren! Bezüglich des außerordentlichen Stats sind meine politischen Freunde damit einverstanden, daß unter den gegebenen Verhältnissen die Abzweigung der Straßenbahn von Dresden-Kloßsche nach Hellerau schleunigst in Angriff genommen wird. Ich möchte aber doch das Königl. Finanzministerium darauf aufmerksam machen, daß der Umstand, daß man gerade für die Umgegend von Dresden das Bedürfnis nach dem Bau von Straßenbahnen durch den Staat so schnell anerkennt, leicht im Lande die Ansicht aufkommen läßt, daß nicht ganz mit gleichem Maße gemessen wird. Wir bitten das Finanzministerium, dahin zu wirken, daß, sofern berechnete Anforderungen aus dem Lande in der gleichen Art an die Regierung herantreten, man sich diesen Anforderungen gegenüber auch freundlich stellt.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

(B) Meine Herren! Den Ankauf der Kohlenfelder begrüßen wir als eine großzügige Maßnahme des Finanzministeriums. Wir können höchstens unserem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß man sich nicht früher schon auf diesen Standpunkt gestellt hat. Wir finden auch gar keine Bedenken darin, wenn, wie der Herr Vorredner sagt, das ein Schritt dem Zukunftsstaate entgegen ist. Wenn alles, was mit dem Zukunftsstaate zusammenhängt, so gut und so leicht zu verantworten wäre wie diese Maßnahme, dann würden wir uns den Bestrebungen, soweit sie auf den Zukunftsstaat hinzielen, wohl freundlicher gegenüberstellen können.

(Sehr gut!)

Wir begrüßen den Ankauf der Kohlenfelder auch aus dem Grunde, weil vor allen Dingen damit einer sprunghaften Entwicklung in den Kohlenabbaugebieten entgegen gearbeitet wird. Ich habe eine Reihe von Briefen bekommen, die den Ankauf dieses oder jenes Kohlenfeldes als einen Mißgriff hinstellen. Aber wir haben das volle Vertrauen zu der Königl. Staatsregierung und dem Finanzministerium, daß sie beim Ankaufe der Kohlenfelder in gewissenhafter Weise nur das Wohl und das Interesse des Staates im Auge gehabt haben.

Dann möchte ich am Schlusse meiner Ausführungen noch eine Anfrage an den Herrn Finanzminister richten,

und die geht dahin, ob es nicht möglich wäre, daß wir immer vor Schluß des Landtags erfahren, wie das Eisenbahnertragnis, vor allen Dingen auch die Steuererträge gewesen sind. Es macht einen eigentümlichen Eindruck, wenn dieses Ertragnis immer zurückgehalten wird, bis der Landtag vorüber ist, und wenn wir erst aus den Zeitungen erfahren, wie die Dinge stehen.

Im großen und ganzen sind wir jedoch der Ansicht, daß auch der Nachtragsetat eine Handhabe bietet, um auf manchen Gebieten des wirtschaftlichen und auch des kulturellen Lebens fruchtbringend im Interesse des Landes und seiner Bewohner weiterzuarbeiten.

(Lebhafte Bravo! in der Mitte.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Minister des Innern.

Staatsminister Graf **Viktum v. Cästädt**: Meine Herren! Der Herr Abg. Mißschke hat soeben den Ausdruck gebraucht, die Königl. Bayerische Regierung hätte sich mit Dreistigkeit über ein Reichsgesetz hinweggesetzt oder das Reichsgesetz umgangen. Ich muß diesen Ausdruck, der eine Beleidigung

(Widerspruch.)

einer Regierung enthält, zurückweisen.

(Abg. Günther: Sehr empfindlich!)

Tatsache ist ja, meine Herren — das ist aus der Presse genügend bekannt —, daß über das, was der § 1 des Jesuitengesetzes unter der Ordenstätigkeit begreift, zwischen der Königl. Bayerischen Regierung und der Königl. Preussischen Regierung eine Meinungsverschiedenheit besteht. Ich enthalte mich einer Äußerung darüber, in welcher Weise die sächsische Regierung zu dem Begriffe der Ordenstätigkeit Stellung nimmt, weil ich es dem zuständigen Herrn Kultusminister zu überlassen habe. Ich möchte aber zur Verteidigung der formalen Stellung der bayerischen Regierung hier geltend machen, daß sie in durchaus loyaler Weise

(Zuruf: Das kommt auf die Auffassung an!)

die Tatsache einer Differenz in der Auslegung des Begriffs Ordenstätigkeit zum Anlaß genommen hat, beim Bundesrate den Antrag zu stellen, der Bundesrat möge den Begriff der Ordenstätigkeit im Wege der authentischen Interpretation des Reichsgesetzes zur Auslegung bringen. Sie hat sich auch, soviel ich unterrichtet bin, bereit erklärt, den sogenannten